

Diese  
Ex-Politiker  
sind jetzt  
Lobbyisten



**Kerstin Andreae**  
(Grüne):  
Bundesverband der  
Energie- und Wasser-  
wirtschaft

**Bela Bach**  
(SPD):  
Brainlab, Hersteller  
für Medizintechnik

**Maik Beermann**  
(CDU):  
Dekra

**Christoph Bernstiel**  
(CDU):  
Elektronikkonzern  
Rohde & Schwarz

**Ralf Brauksiepe**  
(CDU):  
Vivawest Wohnen

**Fritz Felgentreu**  
(SPD):  
Lobbyagentur  
Concilium



**Sigmar Gabriel**  
(SPD):  
Thyssenkrupp Steel  
Europe,  
Deutsche Bank u. a.

**Johannes Kahrs**  
(SPD):  
Agentur Duckdalben  
Consulting

**Volker Kauder**  
(CDU):  
Verein Bodensee Kreis

**Stefan Kaufmann**  
(CDU):  
Verschiedene  
Beratungsmandate

**Marcel Klinge**  
(FDP):  
Union der Wirtschaft,  
Beratungsfirma  
Die Tourismus-  
botschaft

**Elvan Korkmaz-  
Emre**  
(SPD):  
Agentur Gauily  
Advisors



**Roy Kühne**  
(CDU):  
Bauerfeind,  
Hersteller medizi-  
nischer Hilfsmittel

**Klaus Mindrup**  
(SPD):  
Verein Energiedialog  
2050

**Elisabeth  
Motschmann**  
(CDU):  
Agentur Portland  
Advisors

**Roman Müller-  
Böhm**  
(FDP):  
Selbstständiger Berater  
mit den Kunden  
Lufthansa City Center  
Reisebüropartner,  
RDA Internationaler  
Bustouristik Verband

**Martin Neumann**  
(FDP):  
Gütegemeinschaft  
Brandschutz im  
Ausbau,  
Wirtschaftsverband  
Brandschutz

**Andreas Nick**  
(CDU):  
Lobbyagentur Bruns-  
wick Group

# Lohnender Ausweg

Nach ihrem Rückzug aus der aktiven Politik wechseln viele Abgeordnete die Seiten und arbeiten für Verbände und Unternehmen. Wer profitiert von ihren guten Kontakten? **VON CHRISTIAN FUCHS UND FRITZ ZIMMERMANN**

## U

m die gesetzlichen Krankenkassen zu retten, steht Carola Reimann früh auf. An einem Tag im Juli hat die Vorsitzende des AOK-Bundesverbands Vertreter der Ampelkoalition zu einem »parlamentarischen Frühstück« in Berlin eingeladen. Sie möchte mit Gesundheitspolitikern der Regierung bei Lachsplatte, Obstsalat und Croissants hinter verschlossenen Türen über »Lösungsoptionen für das anstehende Gesetzgebungsverfahren« sprechen, um Krankenkassen »nachhaltig finanziell« zu stabilisieren, so die Einladung.

Um kurz vor halb acht steigen die ersten Gesundheitspolitiker aus Autos des Bundestags-Fahrdienstes. Mitarbeiter von Abgeordneten kommen zu Fuß zum Sitz der AOK am Hackeschen Markt. Die meisten Gäste bei Reimanns Frühstück stammen aus der SPD-Fraktion. Das kann Zufall sein. Es kann aber auch daran liegen, dass Carola Reimann eine der profiliertesten Gesundheitspolitikerinnen der SPD war: 17 Jahre lang saß sie im Bundestag, kurz nach Beginn der vergangenen Legislatur wurde sie Gesundheitsministerin in Niedersachsen. Dann wechselte sie die Seiten: Seit Januar 2022 steht sie an der Spitze der Allgemeinen Ortskrankenkassen. Zu ihrer Aufgabe gehört auch die »politische Interessenvertretung«. Sie ist die oberste Lobbyistin der AOK.

Keinen der ehemaligen SPD-Kollegen, mit denen die ZEIT an diesem Morgen spricht, stört dieser Seitenwechsel. »Da hat die AOK einen guten Griff gemacht«, sagt einer, »sie ist hochgradig vernetzt.« Ein Abgeordneter sagt: »Wir kennen ihre neue Aufgabe als Lobbyistin und sind uns dieser Rolle auch bewusst.«

Ist es wirklich so einfach? Vor einem Jahr war Bundestagswahl. 293 Abgeordnete verloren an diesem Tag ihr Mandat oder waren schon in den vier Jahren zuvor aus dem Bundestag ausgeschieden. Einige wurden wieder Landwirt oder Lehrer, andere Rentner oder EU-Parlamentarier. Die ZEIT hat gemeinsam mit [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) und dem ZDF Magazin Royale erfasst: Was machen die ausgeschiedenen Abgeordneten ein Jahr nach der Wahl beruflich?

Das Ergebnis: Mindestens 34 von ihnen, mehr als zehn Prozent also, haben die aktive Bundespolitik verlassen und die Seiten gewechselt. Darunter sind Abgeordnete, die nun für Wirtschaftsverbände arbeiten, für Firmen oder Lobbyagenturen, einige haben sich als Berater selbstständig gemacht. Dann gibt es noch frühere Regierungsmitglieder, prominente Türöffner, die ihre Reputation gegen Geld eintauschen. Sie alle arbeiten als Interessenvertreter, als Lobbyisten und Politikberater. Schiebt man die Einzelfälle zusammen, ergibt sich ein Panorama, das zeigt, wie ehemalige Abgeordnete versuchen, die Arbeit von Parlament und Regierung zu beeinflussen.

### Der Prominente

Im November 2019 schied Sigmar Gabriel aus dem Parlament aus. Er wurde später in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank berufen, er sitzt außerdem im Aufsichtsrat von Siemens Energy, er war kurzzeitig Berater des Fleischkonzerns Tönnies und ist Senior Advisor der Unternehmensberatung Brunswick. Gabriel hält Reden, sitzt in Talkshows, auf Podien. Nicht immer ist für alle Zuhörer sofort klar, in wessen Namen er dort spricht. Am 7. April dieses Jahres kam eine neue Aufgabe hinzu: Bei Thyssenkrupp Steel, der Stahlsparte des Konzerns, wurde Gabriel zum Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt.

Noch am Tag seiner Berufung beginnt Gabriel offenbar mit der Arbeit. Da spricht der ehemalige Vize-Kanzler der Bundesrepublik Deutschland am Telefon mit Jörg Kukies, dem wirtschaftspolitischen Berater von Olaf Scholz. Das bestätigt das Bundeskanzleramt auf Nachfrage. Das Thema des Telefonats laut Kanzleramt: die deutsche Stahlindustrie.

Was genau die Männer an diesem Tag besprechen, bleibt unklar. Gabriel teilt mit, seine heutigen Tätigkeiten seien »nicht von öffentlichem Interesse, sondern meine Privatangelegenheit«. Das Bundeskanzleramt beantwortet einen entsprechenden Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz seit Monaten nicht.

Sicher ist: Keine vier Wochen nach dem ersten Telefonat kommt es zu einem Treffen der beiden Männer im Bundes-

kanzleramt. Wieder ist das Thema: die deutsche Stahlindustrie. In weiteren Telefonaten im Mai spricht Gabriel mit Kukies über Änderungen im EU-Emissionshandel und über die Förderung ausländischer Investitionen in Deutschland. Auch im Juli telefoniert Gabriel noch einmal mit Kukies, das Thema ist wieder: die Stahlindustrie.

Für Thyssenkrupp scheint sich das Engagement Gabriels zu lohnen. Es ist die Eintrittskarte ins Zentrum der Macht.

Eigentlich ist es Aufgabe eines Aufsichtsrats, die Entwicklung des Unternehmens zu überwachen und die Arbeit des Vorstands zu bewerten. Deswegen müssen sich Aufsichtsräte auch nicht in das Lobbyregister des Bundestags eintragen, das Anfang 2022 neu geschaffen wurde. Sigmar Gabriel scheint seine Rolle aktiver zu interpretieren. Es scheint, als nutze Gabriel seine Reputation und Kontakte aus der Zeit als Minister und stelle sie seinem neuen Auftraggeber zur Verfügung. Auch zum aktuellen Bundeskanzler hat er offenbar einen Draht: Am 5. Juli 2022 kam es laut Kanzleramt zu einem Treffen von Olaf Scholz mit Sigmar Gabriel. Dem Kanzleramt lagen aber »zu dem Gesprächsinhalt keine Informationen« vor. Dabei hatte Gabriel als aktiver Politiker gesagt, man solle nicht an Türen klopfen, hinter denen man selbst mal gegessen habe.

### Der Unternehmenslobbyist

Obwohl Frank Sitta erst 44 Jahre alt ist, hat er schon einiges erlebt: zum Beispiel einen Techno-Club in Leipzig betrieben, auf Malta gelebt, eine Kongressagentur aufgebaut. Ähnlich vielfältig waren auch seine Aufgaben, als er 2017 für die FDP in den Bundestag einzog. Er war Mitglied in gleich fünf Parlamentsausschüssen: Energie, Verkehr, Bau, Digitales, Umwelt. Mit einem Bereich hatte Sitta laut eigener Aussage aber bisher keine Berührungspunkte: Waffen und Rüstung.

Trotzdem begann Sitta nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag als »Head of Public Affairs« bei General Atomics Europe, der Tochter eines US-Rüstungskonzerns. General Atomics stellt unter anderem die Kampfdrohne Reaper her. Mit Blick auf Sittas mangelnde Erfahrung im Rüstungsbereich sagt ein ehemaliger Weggefährte: »Es ist mir ein Rätsel, wie er an den Job kam.« Eine mögliche Antwort auf dieses Rätsel: sein Parteibuch.

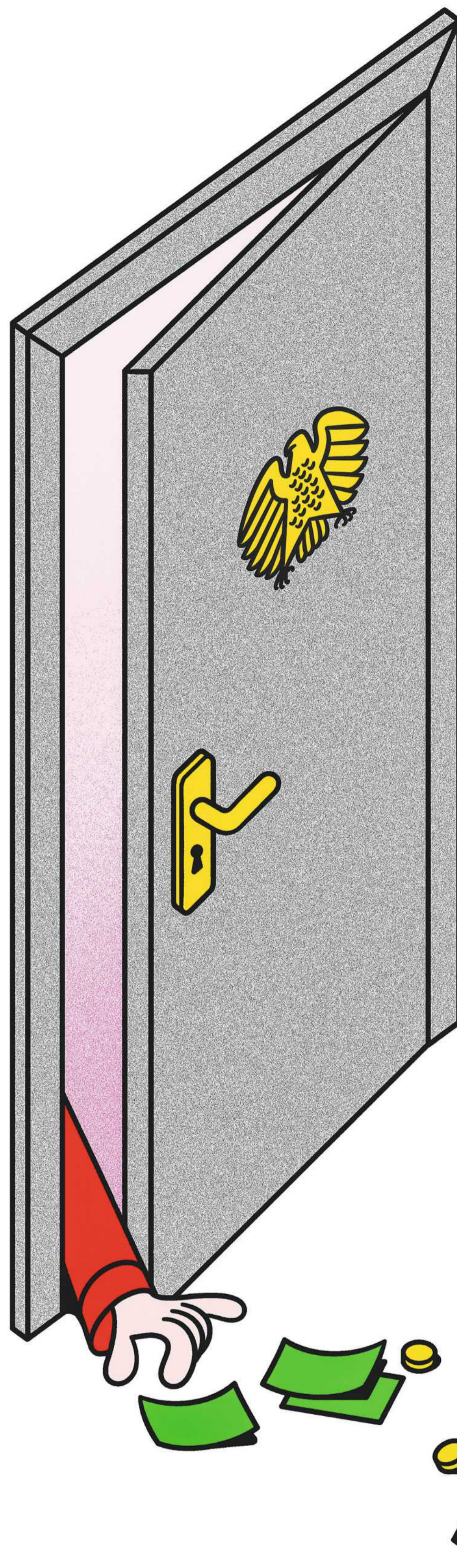
Denn wenige Wochen nachdem Sitta Rüstungs-Lobbyist geworden war, posierte er mit dem CEO des Konzerns und dem FDP-Verteidigungspolitiker Marcus Faber auf einer Messe. Er treffe sich mit Sitta »in unregelmäßigen Abständen«, um sich über sicherheitspolitische Themen auszutauschen, sagt Faber auf Anfrage. Seit dem Regierungswechsel stellten viele Firmen und Interessenverbände ihre Lobbyarbeit um. Rüstungskonzerne brauchten schnell Kontakte, denn das 100-Milliarden-Sondervermögen bot neue Gelegenheiten. Händeringend suchten sie nach Zugang zu den Regierungsparteien.

Im Sommer 2021 begannen sich Lobbyagenturen und Unternehmen auf die Zeit nach der Bundestagswahl vorzubereiten. FDP- und Grünen-Politiker wurden für bestimmte Branchen schlagartig interessant. Das lässt sich auch in einem internen Dokument eines Immobilienunternehmer-Verbands nachlesen. Bisher hatte man auf CDU-Politiker gesetzt, nun fiel ein neuer Beschluss: »Der Vorstand bittet die Geschäftsführung, bei der Besetzung der offenen Stellen ausdrücklich auf ausgeprägte Verbindungen zu den Grünen zu achten.«

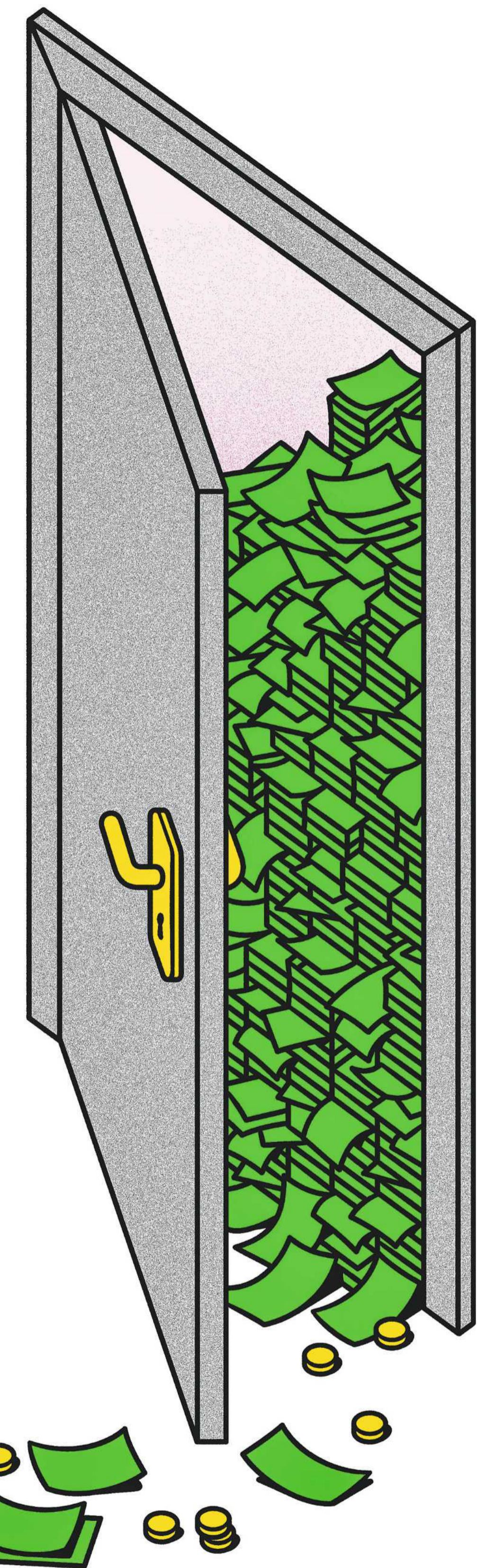
### Der Selbstständige

Am 4. Oktober des vergangenen Jahres, wenige Tage nach der Bundestagswahl, geht Markus Tressel zum Notar. Für die Grünen saß er bis zuletzt im Bundestag, erst drei Wochen später wird sich das neue Parlament bilden. Aber Tressel hat es offenbar eilig. Gemeinsam mit seinem Bruder, dem früheren Landesgeschäftsführer der Grünen im Saarland, gründet er die Trepública GmbH, eine Politikberatung. Der Slogan der Brüder: »Wir finden einen grünen Weg«. Tressel ist jetzt selbstständig.

Markus Tressel saß zuletzt als Obmann im Tourismusausschuss des Bundestags. Als Tressel angekündigt habe, bei der Wahl nicht wieder anzutreten, sei die Branche hellhörig geworden, berichtet der Lobbyist eines großen Unternehmens. Es wirkt, als







rede  
er von  
Aktien. Und  
Tressel wurde heiß  
gehandelt.

Hört man sich im Bundestag um, bekommt man eine Geschichte über Tressel erzählt: In diesem Frühjahr soll er mehrere Ex-Kollegen angesprochen und sich für die Firma Flix nach der Entwicklung von Trassenpreisen erkundigt haben. Unter dem Namen FlixTrain schickt der Konzern Züge durch die Republik und muss dafür Gebühren an die Deutsche Bahn entrichten. Für das Unternehmen ist die Entwicklung der Trassenpreise ein zentraler Faktor für seinen Erfolg.

Die Abgeordneten berichten, Tressel habe ihnen keine Positionen aufgedrängt. Er habe sich nur nach dem Sachstand erkundigt. Trotzdem ist die Situation heikel: Bis vor Kurzem waren die Gesprächspartner noch Kollegen, über Jahre im Austausch, auch vertraulich. Mit wem sprachen sie aber nun: mit dem ehemaligen Kollegen? Oder mit einem Lobbyisten?

Und noch etwas ist an dem Vorgang erstaunlich: Dass Tressel im Namen von FlixTrain im Bundestag unterwegs ist, wurde im Lobbyregister nicht vermerkt. Im Register führt Tressels Agentur nur vier andere Kunden auf. Einer davon ist Eutop, eine der wichtigsten Lobbyagenturen des Landes. Eutop wiederum führte bis August die Firma Flix als Kunden. Hatte Tressel den Auftrag als Subunternehmer von Eutop erhalten?

Auf Nachfrage erklärt Tressel, seine Firma arbeite »in geringerem Umfang« auch mit Eutop zusammen. Aufgrund der »vertraglichen Vertraulichkeitspflichten« erklärt er aber nicht, ob sie von Eutop auch einen Auftrag für Flix erhielt. Für Eutop selbst antwortet ein prominenter Medienanwalt: Man sei »aus Rechtsgründen gehindert«, Auskünfte zu Kunden und Auftragnehmern zu geben.

#### Der Insider

Ein Café in Berlin-Mitte, Treffen mit dem Lobbyisten eines deutschen Dax-Konzerns. Auch er ist ein Seitenwechsler, auch er kam aus dem Bundestag in das Unternehmen. Seit einigen Jahren ist er Interessenvertreter und erlebt die Wechsel der ehemaligen Abgeordneten aus der Nähe.

Für Unternehmen und Verbände, so berichtet er, seien einstige Abgeordnete besonders wertvoll. Natürlich gehe es da um das Netzwerk, sagt der Mann. Aber eben nicht nur: Es gehe auch um das Verständnis politischer Prozesse. Wann wird entschieden? Und von wem? In der Wirtschaft durchschaue das kaum einer. Dafür brauche es ehemalige Abgeordnete.

Viele von ihnen, sagt der Mann, wüssten nach all den Jahren schlicht nicht, was sie sonst tun sollten. »Es gibt viele, die einen totalen Trennungsschmerz haben.« Das Ende ihrer Zeit im Parlament bedeute für sie auch das Ende einer Zeit im Mittelpunkt des Geschehens. Er berichtet von einem ehemaligen Abgeordneten, der sich im vergangenen Jahr, kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Bundestag, selbst als Lobbyist anbot. Bei Umweltverbänden, Agenturen, in der Industrie, die Position schien ihm egal.

Offenbar, so schildern es auch frühere Abgeordnete, geht es beim Wechsel in die Interessenvertretung auch darum, weiter mitspielen zu dürfen. Es ist die Flucht vor dem eigenen Bedeutungsverlust.

#### Der Agenturlobbyist

Mit seiner Nähe zur Wirtschaft hatte Joachim Pfeiffer schon als Bundestagsabgeordneter kein Problem. Neben seinem Mandat gab der CDU-Mann gegenüber dem Bundestag Funktionen in 27 Firmen, Vereinen und Stiftungen an, drei Unternehmen führte er selbst. Für Beratung berechnete Pfeiffer seinen Kunden noch als Politiker Tagessätze von bis zu 3000 Euro. Besonders pikant war sein Engagement bei einer Firma für Wasserstoff aus Mali. Denn als energie- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Unionsfraktion forderte er im Bundestag eine »Entfesselung« für den Wasserstoff. Nachdem die ZEIT (Nr. 13/21) seine wirtschaftlichen Verwicklungen öffentlich gemacht hatte, kündigte er seinen Rückzug aus dem Bundestag an.

Im Januar hat er nun, konsequenterweise, die Seiten gewechselt. Nach 19 Jahren als Bundestagsabgeordneter heuerte Pfeiffer als Associate Partner bei der internationalen Lobbyagentur Kekst CNC in Berlin an. Welche Kunden er dort berät, dazu schweigen Pfeiffer und die Agentur auf Anfrage.

Zu den Auftraggebern der Firma zählen der Stromnetzanbieter Amprion, der Erdgas-

händler Vitol und Thyssengas. Der Fokus auf Kunden aus dem Bereich fossiler Energien passt: Im Bundestag war Pfeiffer einer der Bremsen beim Ausbau erneuerbarer Energien. Abgeordnete wollen ihn in seiner neuen Funktion bereits wieder im Bundestag gesehen haben. Mit seinem »Ehemaligenausweis«, den alle Ex-Parlamentarier bekommen, hat Pfeiffer dort unbegrenzten Zugang.

#### Die Verbandslobbyistin

Als der Bundestag neu gewählt wurde, war Kerstin Andreae schon seit fast zwei Jahren nicht mehr Teil des Parlaments. Die ehemalige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen war im November 2019 als Hauptgeschäftsführerin zum Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft gewechselt. Zu den Mitgliedern des Verbands zählen kommunale Wasserunternehmen und Betreiber von Windkraftanlagen, aber auch Größen wie RWE und Vattenfall. Andreae ist die oberste Lobbyistin der Energiewirtschaft.

Und so war es für die Branche ein Hauptgewinn, als die Grünen nach der Bundestagswahl ausgerechnet das für sie zuständige Wirtschaftsministerium übernahmen. Denn mit mehreren Personen aus der neuen Hausleitung hatte Andreae als Politikerin noch eng kooperiert, ein Positionspapier geschrieben, Wahlkampf gemacht. Auch Robert Habeck kannte die Realo-Politikerin mutmaßlich aus gemeinsamen Tagen in der Partei. Es ist also wenig erstaunlich, dass die Lobbyistin Andreae schon früh Gespräche mit ihren vormaligen Mitstreitern führen konnte.

Auf Anfrage erklärt das Ministerium: Bereits im Dezember, wenige Tage nach seinem Amtsantritt, telefonierte Andreae mit dem neuen Wirtschaftsminister Habeck. Einen Monat später besucht sie ihn persönlich im Ministerium. Auch mit der neuen Staatssekretärin Franziska Brantner, einer früheren Grünen-Kollegin aus Baden-Württemberg, telefonierte sie noch im Dezember. Im Januar spricht sie mit zwei weiteren Staatssekretären: ihrem einstigen Kollegen Sven Giegold und Patrick Graichen. »Meine persönliche Parteizugehörigkeit und Kontakte aus meiner Zeit als Bundestagsabgeordnete spielen bei diesen Gesprächen keine Rolle«, erklärt Andreae. Geschadet haben sie aber wohl auch nicht.

#### Die Kritikerin

Wenig im politischen Betrieb ist so schwer zu regulieren wie die Tätigkeit von Abgeordneten. Denn schon während ihrer Amtszeit haben sie ein freies Mandat, Nebentätigkeiten sind erlaubt, die Parlamentarier sollen sich auch dadurch ihre Unabhängigkeit erhalten. Auch nach ihrer Zeit im Parlament sind sie frei. Während Ex-Minister sich ihre Tätigkeiten in den ersten 18 Monaten nach ihrem Ausstieg von der Bundesregierung genehmigen lassen müssen, können Abgeordnete bislang selbst entscheiden, wann sie wieder arbeiten gehen. Und für wen.

Anna-Maija Mertens, Geschäftsführerin von Transparency International in Deutschland, hält so eine Karenzzeit auch bei Abgeordneten für wünschenswert, wegen der Freiheit des Mandats gebe es aber hohe verfassungsrechtliche Hürden. Natürlich müssten Abgeordnete das Recht haben, wieder zu arbeiten. Wenn aber der Eindruck entstehe, dass der Wechsel in eine Lobbytätigkeit schon während der Zeit im Parlament vorbereitet worden sei, sagt Mertens, »dann geht das Vertrauen in die Politik verloren«.

#### Der nächste Wechsler

Am 8. September dieses Jahres tritt Michael Hennrich ans Mikrofon im Bundestag. Er sitzt seit 20 Jahren für die CDU im Parlament, war lange Jahre Berichterstatter seiner Fraktion für Arzneimittel und Obmann der Union im Gesundheitsausschuss. An diesem Septembertag hält Hennrich seine letzte Rede als Gesundheitspolitiker. Er nutzt die Gelegenheit, um sich zu verabschieden. Er werde, sagt Hennrich, an anderer Stelle im Gesundheitswesen weiterarbeiten. Jeder im Saal weiß, was er meint: Schon vor Wochen ist bekannt geworden, dass Hennrich im kommenden Frühjahr aus dem Parlament als Geschäftsführer zum Bundesverband der Arzneimittel-Hersteller wechseln wird. Es ist genau die Art von Wechsel, die laut Mertens das Vertrauen schwinden lässt. Er würde sich freuen, sagt Hennrich am Schluss seiner Rede, »wenn ich bei Ihnen ein offenes Ohr finde.«

Mitarbeit: Tania Röttger,  
Martin Reyher

[www.zeit.de/vorgelesen](http://www.zeit.de/vorgelesen)



**Joachim Pfeiffer**  
(CDU):  
Lobbyagentur  
Kekst CNC

**Eckhardt Rehberg**  
(CDU):  
Agentur Ehrenberg  
Sørensen  
Kommunikation



**Carola Reimann**  
(SPD):  
AOK-Bundesverband

**Lothar Riessamen**  
(CDU):  
Unternehmens-  
beratung Contec

**Gerhard Schick**  
(Grüne):  
Verein  
Bürgerbewegung  
Finanzwende



**Frank Sitta**  
(FDP):  
Rüstungskonzern  
General Atomics

**Rainer Spiering**  
(SPD):  
Lobbyagentur  
Eutop Europa

**Peter Stein**  
(CDU):  
Verein Brot für die  
Welt

**Katja Suding**  
(FDP):  
Agentur Rud Pedersen  
Public Affairs

**Kerstin Tack**  
(SPD):  
Paritätischer Wohl-  
fahrtsverband  
Niedersachsen,  
Verein Special Olymp-  
ics Deutschland

**Peter Tauber**  
(CDU):  
Public-Affairs-Agentur  
Vierfichten,  
Deutscher Unter-  
nehmensverband  
Vermögensberatung



**Markus Tressel**  
(Grüne):  
Agentur  
Trepública

**Ute Vogt**  
(SPD):  
Deutsche  
Lebens-Rettungs-  
Gesellschaft (DLRG)

**Marcus Weinberg**  
(CDU):  
Public-Affairs-Agentur  
Guru

**Ingo Wellenreuther**  
(CDU):  
Ingo Wellenreuther  
Consult Gesellschaft  
für Strategieberatung

**Oliver Wittke**  
(CDU):  
Zentraler Immobilien  
Ausschuss (ZIA)

**Transparenzhinweis**  
Sigmar Gabriel war  
von 2018 bis 2020 als  
Autor für die DvH  
Medien GmbH tätig.  
Die DvH Medien  
GmbH hält 50  
Prozent der ZEIT  
Verlagsgruppe.